

James O'Connor Kein Ausweg? Die Ökonomie der 90er Jahre

I.

Ziel dieses Aufsatzes ist es, die Hauptwidersprüche des Kapitalismus der Vereinigten Staaten in den 90er Jahren namhaft zu machen sowie Möglichkeiten zu ihrer Lösung zu erwägen.

Nichts ergibt Sinn außerhalb eines Kontexts. Der ökonomisch-politische Kontext der USA in den 90er Jahren ist gekennzeichnet durch die Globalisierung des Kapitalismus und den Aufstieg transnationaler Konzerne und Banken zu dominierenden Positionen in der Weltwirtschaft.¹ Das bedeutet zuerst und vor allem die fortgesetzte Internationalisierung der produktiven Kapitalflüsse bzw. der industriellen Produktion. Ausländische Direktinvestitionen erreichten im Laufe des vergangenen Jahrzehnts Steigerungsraten von jährlich 20-25%, während der Welthandel im gleichen Zeitraum um 2 bis 3% zunahm. Der Warenkreislauf des Kapitals, der Handel, ist bereits hochgradig internationalisiert. Die Umsätze der 600 transnationalen Konzerne (TNCs), die vom *Center for Transnational Corporations* der Vereinten Nationen in den späten 80ern untersucht wurden, beliefen sich auf insgesamt 3,1 Billionen Dollar, was einem Volumen von über 25% des Gesamtwertes aller Industrien der kapitalistischen Welt und über 50% des Welthandels (80-90% in den hyperkapitalistischen Ökonomien der USA und Großbritanniens) entspricht. Ebenso gehen fast alle internationalen Kapitalflüsse und Anleihen im Geldverkehr von transnationalen Konzernen, Banken und anderen Finanzinstituten aus. Zweitens schließt der Kontext die weitergehende Konzentration und Zentralisierung von produktivem, Geld- und Warenkapital ein. Das geschieht bei den meisten ausländischen Direktinvestitionen durch Zusammenschlüsse und durch den Erwerb von Mehrheits- bzw. Minderheitsbeteiligungen. Der Kommission der Europäischen Gemeinschaft zufolge wurden in Europa 1988-89 nur 129 neue Unternehmen durch ausländische Direktinvestitionen gegründet. Hingegen gab es 492 Zusammenschlüsse bzw. Aufkäufe mit Mehrheitsbeteiligungen und 159 mit Minderheitsbeteiligungen.

Drittens findet eine größere geographische Konzentration von Kapital statt. Die oben angeführten Trends betreffen den Norden, nicht den

1 Das im Folgenden angeführte empirische Belegmaterial stammt größtenteils aus: Giovanna Ricoveri, »Transnationals and Global Development«, Ms., April 1992.

Süden. 80% der ausländischen Direktinvestitionen und des Welthandels sind auf die nördliche Hemisphäre konzentriert. Das Ergebnis ist die Marginalisierung von Hunderten von Millionen Menschen im Süden, die noch verschlimmert wird durch die »Sanierungsmaßnahmen« des Internationalen Währungsfonds und durch die Zunahme der »informellen Ökonomie«, deren Fürsprecher das als »neuen Unternehmungsgeist« feiern, was in Wahrheit die Inszenierung von Armut und Elend ist.

Viertens gehört die weltweite Durchsetzung liberaldemokratischer Politikformen in unseren Kontext, was aber nur scheinbar eine gute Nachricht ist. Denn liberale Demokratie bedeutet demokratische Verfahren für die Wahl von Repräsentanten fürs Parlament und keineswegs substantielle Demokratie. Liberale Demokratie ist vielmehr ein System, das dafür sorgt, daß die Regierung ihre Nase nicht in die Geschäfte der Wirtschaft steckt. Das Ergebnis: Weniger Staat in der Wirtschaft und weniger substantielle Demokratie im Staat - im Norden wie im Süden. Tatsächlich nimmt Demokratie als Verfahren in dem Maße zu, in dem demokratische Gehalte schwinden - die weltweite Ausbreitung liberaldemokratischer Wahlen wird nur noch übertroffen von der Konzentration und Zentralisierung der Macht in den Verwaltungsapparaten der staatlichen Bürokratie, bzw. in solchen internationalen Organen wie dem IWF, der Weltbank oder der Europäischen Kommission.

Zur Globalisierung des Kapitals gehört schließlich, daß sowohl Regierungen (ihrer repräsentativen Funktion nach) als auch staatliche Bürokratien und Administrationen zunehmend die Macht verloren haben, das Schicksal ihrer Länder zu beeinflussen oder zu bestimmen. Unabhängige ökonomische Entwicklungen einzelner Nationen sind heute gleichbedeutend mit Wirtschaftskrieg - sogar in dem elementarsten Wirtschaftszweig schlechthin, in der Landwirtschaft.

II.

Die meisten Ökonomen, die sich mit Globalisierungstendenzen und mit transnationalen Konzernen befassen, schreiben über das, was diese produzieren, aber nicht über das, was sie nicht produzieren; über das, was sie transportieren und verkaufen, aber nicht über das, was sie nicht transportieren und nicht verkaufen. Die wichtigste Sache, die sie nicht produzieren, transportieren und verkaufen, ist Land. Alles andere in den Kreisläufen von Kapital, Information, Geld, Forschung, Maschinen, Rohstoffen, Treibstoffen, Arbeitskraft und Konsumgütern überschreitet internationale Grenzen. Land, und zwar ganz gleich, ob es sich um landwirtschaftlich oder zur Erzgewinnung genutzte Flächen, um Wohn- oder Gewerbege-

biete, Ölfelder oder Einkaufszentren, Wälder, Wasserscheiden, Küstenlinien, Sümpfe, Ozeane, Seen oder Flüsse handelt, kann dies nicht.

Das bedeutet erstens, daß kommunale, staatliche und nationale Politik stärker von der Land- als von der Industrie- oder Handelspolitik abhängig wird. »Landpolitik« betrifft Flächennutzungsplanungen ebenso wie private und öffentliche Bauvorhaben, Bausparkassen und Hypothekenbanken ebenso wie alle Finanzierungsinstitute, die sich mit Anleihen für Landgewinnung und mit Grundstücksverpfändungen befassen. Sie ist lokale, auf ihren spezifischen Standort zugeschnittene Politik, die im Verhältnis zur staatlichen oder nationalen Politik zunehmend an Bedeutung gewinnt. In manchen Kongreßbezirken üben die leitenden Beamten der Kreisverwaltungen eine größere Macht aus als die lokalen Kongreßabgeordneten. Das bedeutet, daß sich soziale Bewegungen in dem Maße regionalisieren werden, wie sich der politische Raum für die lokale Ebene öffnen wird - eine Ebene, die zu der Zeit, als Industrie und Handel das Schicksal der Wirtschaft bestimmten, noch nicht existierte. Zweitens verweist die Landpolitik darauf, daß in lokaler Hinsicht die Kategorien von Grundrente und verzinsbarem Kapital gegenüber Löhnen und Profiten eine größere politökonomische Bedeutung gewinnen. Die Welt beginnt, mehr der Welt von Henry George als der von Karl Marx zu ähneln.

III.

Ein Wort über Löhne und Profite: Globalisierung und die Expansion transnationaler Gesellschaften als der letzten Organisationsform des Kapitals haben den Kampf zwischen Arbeit und Kapital entschieden, der in den 60er und fast die gesamten 70er Jahre hindurch tobte, - zugunsten des Kapitals. Natürlich haben die *Political Action Committees* der Verbände, Reagans Zerschlagung der Gewerkschaften, Deregulierung usw. entscheidend zur Machtverlagerung von der Arbeit zum Kapital beigetragen. Aber letztlich war und ist es die Internationalisierung der Investitions-, Waren- und Geldkreisläufe des Kapitals, die die Macht der US-amerikanischen Arbeiterschaft zersetzte. Die rasche Kapitalakkumulation in Japan und Ostasien konfrontierte - zusammen mit der Globalisierung des Kapitals - die amerikanische Wirtschaft mit stärkerem Wettbewerb zu Hause, was wiederum die Globalisierung vorantrieb.

Auf diese Weise wurden die Vereinbarungen zwischen Kapital und Arbeit, die von den 50er bis weit in die 70er Jahre hinein für eine mehr oder weniger schrittweise Anpassung der Löhne an die Arbeitsproduktivität gesorgt hatten, abgeschafft. In den meisten industriellen Betrieben der USA wurde das Junktum zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn aufge-

USA wurde das Junktim zwischen Arbeitsproduktivität und Lohn aufgelöst. So konnte in den 80er Jahren die Arbeitsproduktivität gegenüber dem Jahrzehnt zuvor verdoppelt werden, während die Reallöhne stagnierten bzw. fielen. Die naheliegenden Folgen der Globalisierung sind bekannt: Modernisierung und Schrumpfung der Anlagen im eigenen Land, Industrieexport und Betriebsschließungen.

Marxistisch gesprochen bedeutet dies, daß die Ausbeutungsrate der Arbeitskraft zugenommen hat. Die wirtschaftliche Gesundheit 1982 war von einer »Realisierungskrise«, also schlicht gesagt, von einer Krise der effektiven Nachfrage bedroht. Das Grundproblem der 80er Jahre war darum die Steigerung der Kaufkraft, die aufgrund der real gesunkenen Löhne nachgelassen hatte. Eine ergänzende Rolle spielte dabei - angesichts eines Angebots Japans und anderer Länder auf dem amerikanischen Markt, das sich vor allem bei den elektronischen Konsumgütern, in der größten Wachstumsbranche also, durch hohe Qualität und niedrige Preise auszeichnete - die Frage, wie die einmal wiedererstarbte Kaufkraft zugunsten der heimischen Industrie des heimischen Handels kanalisiert werden könnten.

Wegen der niedrigen Wachstumsraten der Industrie nach 1982 (der Anteil am Bruttosozialprodukt sank in den 80er Jahren; die Investitionen stagnierten, die Beschäftigungsquote ging zurück) blieb es anderen Sektoren überlassen, den sogenannten Boom der 80er Jahre herbeizuführen. Es sollten dies namentlich die militärischen Ausgaben, Dienstleistungen aller Art und das Baugewerbe werden. Nachdem 1985 dann die Gruppe der Sieben - um Reagans Image eines guten Präsidenten zu retten und ihre Mitte-Rechts-Regierungen an der Macht zu halten - die Abwertung des Dollars beschloß, wurde der Export zu einem gewichtigen Faktor für den Boom der 80er Jahre, der 1989 seinen Höhepunkt erreichte.

IV.

Welcher Art waren die expandierenden privaten Dienstleistungen? Es waren alle vertreten. Ökonomen und Politiker streiten sich immer noch darüber, ob die neuen Dienstleistungsjobs hoch oder niedrig entlohnt wurden. Für den Republikaner sind sie hoch, für den Demokraten niedrig bezahlt. Wer keiner der beiden Parteien angehört, versteht vielleicht, daß dies keine bloß ideologische Kontroverse oder wahltaktische Debatte ist, sondern daß hochbezahlte Dienstleistungsjobs und republikanische Wähler ebenso zueinander tendieren wie niedrig entlohnte Dienstleistungsjobs und demokratische Wähler. Bisher hat noch niemand dieses wichtige Faktum im Einzelnen analysiert.

Der letzte Bericht des statistischen Bundesamtes stellt fest, daß von allen neuen Arbeitsstellen zwischen 1987 und 1989 76% auf die Dienstleistungsindustrie entfallen, 34% auf relativ hochbezahlte Sektoren - größtenteils im Finanz- und Versicherungsbereich sowie in der Immobilienbranche. Niedrig bezahlte Dienstleistungen in Einzelhandels-, Reparatur-, Unterhaltungs- und Freizeitberufen machten 42% aller neu geschaffenen Arbeitsplätze aus.

Aufs ganze Jahrzehnt hin gesehen waren die treibenden ökonomischen Sektoren - abgesehen von Militärausgaben, Immobilien, Finanzen, Bauwesen und verwandten Aktivitäten - folgende: die innerstädtischen Verwaltungsgebäude der transnationalen Konzerne und Banken mit den dazugehörigen kulturellen Einrichtungen wie Kongreßzentren und Sportplätzen; ferner die Vorstadtsiedlungen mit Einkaufszentren und Kliniken, Vergnügungsstätten und Disneylands und nicht zuletzt Industrie- und Forschungsanlagen. Und schließlich auf dem Lande, in den Wäldern und Sümpfen: die Erschließung neuer Bodenschätze, Öl- und Gasressourcen, der Ausbau der Zugangswege zu den Nationalparks, die Entwicklung des Tourismus sowie andere Formen der Nutzung natürlicher Ressourcen und der Annehmlichkeiten der Umwelt.

Diese Vorgänge kann man auch als eine fortschreitende Umstrukturierung des Raumes bzw. als eine neue Raumordnung beschreiben, die zu neuen Theorien des Raums und lokaler »Wachstumsmaschinen«, aber auch zu einem neuen Interesse für die Geschichte des Raums bzw. der Umwelt Anlaß gegeben hat.

Die Zunahme von Niedriglohnbeschäftigung im Dienstleistungsbereich kann teilweise mit dem »Landboom« der 80er Jahre erklärt werden - Gaststättenbedienstete und andere Arbeitskräfte für die Unternehmer, Spezialisten und sonstigen Gehaltsempfänger in den neuen Weltstädten; Verkäufer in den Einkaufszentren und Disneylands; Dienstleistende in den für die Rohstoffgewinnung und für den Tourismus erschlossenen Zonen; Putz-, Pflege- und Dienstpersonal in den Vorstadtkliniken.

Überflüssig zu erwähnen, daß Reagans Bodenprogramm nicht ohne Widerstand durchgesetzt werden konnte. Kämpfe um innerstädtische Rasenflächen - legal und illegal; Vorstädter mit einer plötzlichen Leidenschaft für die Rettung von Ackerland; Umweltschützer für die Verteidigung von Wildreservaten, Küstenlinien und Sümpfen; Initiativen zur Erhaltung der grünen Gürtel, feministische Bewegungen zur »Rückeroberung der Nacht«, kommunitäre und andere soziale Gruppierungen, deren Definition des Raums und seiner Nutzung alle seine Dimensionen berücksichtigen, entstanden spontan und verbreiteten sich schneller als Reagans Landboom-Maschine aufdrehen konnte. Bodenzins, einschließlich Zinskontrol-

le, Grundstückspreise und Hypothekenzinsen wurden zunehmend die wichtigsten ökonomischen Streitpunkte.

Der Hauptwiderspruch des Kapitalismus, der Kampf zwischen Kapital und Arbeit erschien somit überholt. Er verlagerte sich jetzt auf den Antagonismus von Land- und Ressourcengewinnung in all ihren Formen einerseits und urbane, soziale, feministische und Umweltbewegungen auf der anderen Seite.

V.

Als Reagan 1981 sein Amt antrat, wußte er, daß es eine ökonomische Größe gab, die nicht unter die Wettbewerbsbedingungen des Welthandels fiel, die weder importiert noch exportiert werden konnte: Grund und Boden. Er war sich ebenso darüber im klaren, daß die USA, verglichen mit ihren alten Rivalen Japan und Deutschland - die ebenfalls Bodenerschließung im großen Stil, aber nicht zum Schaden ihrer industriellen Grundlagen betrieben - über einen enormen Vorsprung an Land und »Natur« verfügen.

Für die Reagan-Administration waren Land- und Ressourcennutzungsprogramme die Ecksteine der ökonomischen Gesundung und Expansion. Privatisierung bedeutete darum zuerst und vor allem die Privatisierung von Land und natürlichen Ressourcen; die Deregulierung von Land- und Ressourcenausbeutung. Zum Beispiel die Privatisierung und Deregulierung des Bodens in den öffentlichen Wäldern:

»Die Abholzung der nationalen Waldbestände wird bald ohne die notwendige Umweltverträglichkeitsprüfung erfolgen. (...) Die Substanz der harterkämpften Umweltgesetzgebung wurde in den 80er Jahren vor allem durch die mutwillige Umgehung der Vorschriften ausgehöhlt. (...) Da eine neue Gesetzgebung angesichts der Mehrheit der Demokraten im Repräsentantenhaus und im Senat schwierig oder nicht durchzusetzen war, setzte die Exekutive all ihre Macht ein, um die Möglichkeiten der Regierung, in die Ressourcenausbeutung zu intervenieren, auszuschalten. Das Verfahren der Bewilligung von Geldern wurde dazu genutzt sicherzustellen, daß mißliebige Schutzprogramme nicht die notwendige finanzielle Ausstattung erhielten, um umgesetzt werden zu können.«²

Es war daher kein Zufall, daß Reagans wichtigste Hintermänner aus der Land- und Ressourcenerschließung und den mit ihrer Finanzierung befaßten Geldinstituten kamen.

George Bush seinerseits unterstrich noch im letzten Bericht zur Lage der Nation, daß es die Entwicklung beim Eigentum an Grund und Boden war, die aus den vorhergehenden neun Rezessionen hinausgeführt habe - um anschließend zwecks Unterstützung der Immobilienbranche für die Wiedereinführung der Verlustabschreibung auf Grundbesitz zu plädieren.

2 Gary Lasky, »Renegotiating Nature in the 1990s«, Ms., April 1992.

Seine Forderung nach einer Steuersenkung für Kapitalgewinne kann man auch und vorrangig als Anreiz für Aktivitäten im Immobilien- und Ressourcensektor interpretieren. Ebenso seine Absicht, das Spar- und Darlehenswesen mit Hilfe von Steuergeldern zu konzentrieren und zu zentralisieren. Und so wundert es nicht, daß die großen, im Rücken von George Bush stehenden Finanziern mit Grundbesitz spekulieren.³

VI.

Der Boom der 80er Jahre war also im wesentlichen ein Landboom: Energie- und Bergwerksgesellschaften, Landwirtschafts- und Baugewerbe, Immobilien, Kreditinstitute, Rechtsanwälte und Rechnungsprüfer hatten jede Menge zu tun. Auf der einen Seite erzeugten die deregulierten Spar- und Darlehenskassen mehr Geld, um ungesicherte Dollarmilliarden in das Immobiliengeschäft zu pumpen. Auf der anderen Seite erhöhte die Lockerung der Umweltschutzbestimmungen für die Landnutzung die Geldnachfrage bei interessierten Anlegern. Dieser Umstand hat Konsequenzen, deren wir uns nur zum Teil voll bewußt sind. Zwei davon sind jedoch wichtig, will man begreifen, was in den 90er Jahren auf uns zukommt. Die eine ist sozialer und ökonomischer, die andere politischer Natur.

Die sozialen Folgen des Landbooms waren die Entstehung einer neuen Klasse von Kleinkapitalisten vornehmlich im Immobilien-, Bau- und Bankgewerbe, die Ausbreitung von Gruppen hochqualifizierter Freiberufler sowie das, was man ein Angestelltenwesen auf Gehaltsempfängerbasis nennen könnte. Und da der Landboom auf der raschen Expansion von Kreditgeldern beruhte, vervielfachten sich auch die Börsenmakler, Geldmanager und mit ihnen die Börsen- bzw. Geldbetrüger. Der kreditgestützte Landboom und der landgestützte Kreditboom hatten darüberhinaus sekundäre ökonomische Auswirkungen. Er führte zu einer rasenden Spekulation (die immer noch anhält), in der viele die Ursache unserer gegenwärtigen wirtschaftlichen Malaise erblicken, obwohl sie nur ein Symptom ist.

Desweiteren sind die Einkünfte von Eigentümern, Freiberuflern und Angestellten gegenüber den Löhnen im vergangenen Jahrzehnt stärker gestiegen, weil diese in den boomenden Sektoren proportional höher lagen als im Durchschnitt der Gesamtwirtschaft.

So kommt es, daß Eigentümer und Freiberufler für Hypotheken und Anschaffungen höhere Darlehen im Verhältnis zu ihren Einkünften bzw.

3 PBS, Bill Moyers, April 7/1992. Die meisten Mitglieder von George Bushs Club der 100, reiche Leute, die seine Präsidentschaftskampagne mit mehr als 100.000 \$ unterstützen, sind im Immobiliengeschäft und in verwandten Sektoren tätig.

Ausgaben aufnehmen als Angestellte, die wiederum höhere Darlehen im Verhältnis zu ihren Einkünften bzw. Ausgaben aufnehmen als Lohnabhängige. Das hängt damit zusammen, daß Angestellte höhere Einkommen beziehen, einen gesicherteren Arbeitsplatz und mehr Vermögen besitzen. Somit fand in den 80er Jahren eine strukturelle Verlagerung vom Typus des Arbeiters, der sich im Verhältnis zu seinem Einkommen gering verschuldet, zu dem der Angestellten, Selbständigen und Eigentümer, die sich relativ zu ihrem Einkommen hoch verschulden, statt. Die unbeabsichtigte Folge hiervon war ein allgemeiner Anstieg der Konsumgüteraussgaben - also der wichtigsten Komponente der gesamtwirtschaftlichen Ausgaben -, die Ende der 70er Jahre durch die Aufkündigung des Abkommens über produktivitätsgerechte Löhne zurückgegangen waren. Einer der Geheimnisse des Booms der 80er war darum die gestiegene Nachfrage der Verbraucher aufgrund der relativ zum Einkommen erweiterten Kreditaufnahme für Hypotheken und Konsumgüter, die ihrerseits durch die strukturelle Schwerpunktverlagerung der Wirtschaft von der produkt herstellenden Industrie zur Land- und Ressourcennutzung und ihrer Finanzierung verursacht worden war.

Aber wie steht es mit dem Kreditaufkommen? Dieses ist nicht endlos dehnbar; die Geldgeber brauchen Anreize, um weitere Kredite auf eine Weise zu gewähren, die im Endeffekt das Gesamtvolumen der verfügbaren Kreditgelder vergrößert. Die Frage ist, wer bietet Kredite an? Die Antwort ist: dieselben Spar- und Darlehnskassen, Banken und Geldinstitute, die den Land- und Ressourcenboom finanzieren und deren Eigentümer und Angestellte die Kreditnachfrage steigern! Immobilien-, Bau- und Finanzgewerbe decken ihre eigenen Kreditbedarf oder, anders herum gesehen, sie nehmen ihr eigenes Kreditangebot in Anspruch.

Natürlich nahmen mit den Einkommen und Krediten auch die Konsumausgaben zu, was zusätzlich durch das steigende Haushaltsdefizit des Bundes und seiner Transferzahlungen unter anderem an Japan und Ostasien angeheizt wurde. So kam es zur »Anpassung« des Dollarkurses Mitte der 80er Jahre. Dennoch wurde ein Großteil der Verluste in die einheimische Wirtschaft zurückgeführt, als vor allem die Japaner US-Regierungsschulden, aber auch private Schulden, Fabriken und - versteht sich - Immobilien aufkauften.

VII.

Heute scheint diese Scharade aus kreditgetriebenem Militär-, Land- und Verbraucherboom vorüber zu sein (ich sage »scheint«, weil niemand weiß oder wissen kann, wozu der Spätkapitalismus fähig ist). Die Verbraucher-

schulden haben im Verhältnis zum Verbrauchereinkommen eine Rekordmarke erreicht. Allein sie, also die Hypothekenschulden nicht mitgerechnet, belaufen sich auf 750 Milliarden Dollar, was einer pro Kopf Verschuldung von \$ 3000 oder über 18% des steuerfreien Einkommens entspricht. Genauso verhält es sich mit den im Laufe der 80er Jahre nahezu exponentiell gestiegenen Hypothekenschulden im Verhältnis zum zugrundeliegenden Wert der Gebäude und anderer Besitztümer. Nicht anders steht es mit den Schulden der Wirtschaft im Verhältnis zu den gegenwärtigen Einkommen. Und natürlich nimmt die Staatsverschuldung weiter zu. Und niemals war die Zentralisierung des Finanzkapitals und der Bankmonopole größer. Unsere Präsidentschaftskandidaten hatten zu alledem nichts zu sagen - woraus sich der Auftritt des Milliardärs H. Ross Perot als Retter erklärt, der ja von kaum etwas anderem gesprochen hat als vom Haushaltsdefizit und der Staatsverschuldung.

VIII.

Dank des Schuldenüberhangs, aber auch dank der Macht oppositioneller Umweltbewegungen, die gegen die Vermarktung und Kapitalisierung des Landes kämpfen, sind Angebot und Nachfrage der Kredite zur Finanzierung von Hausbau, Verbrauchsgütern, Land- und Ressourcenerschließung heute relativ schwach. Die niedrige Auslastung der Verwaltungsgebäude, die Unfähigkeit, Räume in Einkaufszentren zu vermieten, oder etwa das Überangebot an Gewerbebauten, sind neben hoher Arbeitslosigkeit, wachsender Armut, einer hohen Arbeitsinvalidität und größeren Einkommens- und Vermögensunterschieden negative Faktoren, die die Nachfrage nach Häusern, Autos und anderen Konsumgütern merklich drosseln. So kommt es, daß heute - im Unterschied zu 1982, als Immobilien sowie das Finanz- und Baugewerbe aus der Rezession führten - sowohl die hochbezahlten Dienstleistungen als auch die Niedriglohnjobs im Landerschließungssektor nur noch in geringem Umfange zunehmen - und das trotz epochaler Zinssenkungen im Laufe der 80er und frühen 90er Jahre. Ebenso schlägt zu Buche, daß die rückläufige Entwicklung bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze vor allem die gut bezahlten betrifft. Man schätzt, daß die Mehrzahl der für die 90er Jahre erwarteten 36 Millionen neuer Arbeitsplätze zu den Niedriglohngruppen gehören werden - Kassierer, Verkäufer, Kellner, Reinigungspersonal in Krankenhäusern usw.⁴ Angesichts der strukturellen Schwäche im Bereich der Land- und Res-

4 Audrey Freedman, President, Manpower Plus, nach Labor Department Studies (zit. SFC, April 4/1992).

sourcenerschließung bedeutet diese Entwicklung, daß mittlere Einkommen stagnieren bzw. schneller fallen werden und mit ihnen die Anleihen der Verbraucher für Hypotheken und Anschaffungen relativ zu ihrem Einkommen. Das hat zwei unangenehme Folgen: das Durchschnittseinkommen wird nur langsam steigen, wenn überhaupt; die Verbraucheranleihen werden nur schwach anziehen, wenn nicht gar zurückgehen. Einfacher gesagt: mehr Individuen und Familien werden Schwierigkeiten haben, die 90er Jahre zu überleben.

Man muß unterstreichen, daß das Problem nicht nur in der schwächeren Konjunktur des Dienstleistungssektors besteht - ein Umstand, der vielen Ökonomen Kopfzerbrechen bereitet, denn diesem Wirtschaftszweig war es ja zu verdanken, daß 1982 die Rezession überwunden werden konnte. Hinzu kommt, daß die Verlagerung der Einkommensstruktur von den relativ hohen Einkünften aus Eigentum und gut bezahlten Dienstleistungen hin zu niedrig bezahlten Dienstleistungen die Nachfrage nach Hypotheken- und Verbraucherkrediten reduziert. Sicher wäre eine Herabsetzung der Zinsen für Kreditkarten hilfreich, aber in diesem Falle würden die Kreditanstalten strengere Vergabekriterien anlegen. Das gleiche gilt im Blick auf die Zinssätze für Hypotheken; relativ niedrige Raten sind mittlerweile durch die höheren Anforderungen der Verleiher ebenso wie durch den Wertverfall von Hauseigentum teilweise wieder ausgeglichen worden. Und daß zur Entspannung der Lage die Zinsen für langfristige Anlagen gesenkt würden, ist angesichts der großen Unsicherheit gegenüber der gegenwärtigen Weltwirtschaft im allgemeinen und dem US-Kapitalismus im besonderen unwahrscheinlich. Wer möchte heute noch, angesichts der unüberschaubaren und ungewissen Zukunft des Weltkapitalismus, öffentliche oder private Anleihen mit 20-30jähriger Laufzeit kaufen?

IX.

Der Landboom der 80er Jahre konnte die amerikanische Wirtschaft eine Zeitlang aus der Stagflation und der Krise der späten 70er emporheben, obwohl das gesamtwirtschaftliche Wachstum der 70er Jahre größer war als das des folgenden Jahrzehnts und der frühen 90er. Aber dieser Boom konnte nicht von Dauer sein - ebensowenig wie das durch ihm an den Börsen ausgelöste Hoch. Individuen und Institutionen nahmen Anleihen auf den geschätzten Wert ihrer Immobilien auf, um Wertpapiere aufzukaufen, wodurch der Aktienkurs in die Höhe getrieben wurde; dann nahmen sie Kredite auf den geschätzten Wert ihrer Aktien auf, um weitere Immobilien zu kaufen. Land und Börse deckten sich gegenseitig. Auf dieser Basis einer wechselseitigen Deckung von Land und Börse wurde dar-

aufhin von denjenigen, deren Wertbestände gestiegen waren, wiederum Geld aufgenommen, um noch größere Häuser und BMWs und eine noch teurere Erziehung ihrer Kinder zu finanzieren. Dieses in den USA und Großbritannien ins Extrem getriebene und in Japan zu einer Wissenschaft ausgebildete System, erzeugte bzw. konsolidierte das Wählerreservoir für jene Mitte-Rechts-Regierungen, die seit über einem Jahrzehnt die Welt-politik bestimmen.

»Konservative Regierungen«, die sich in der Tat so konservativ gebärde-ten wie Abrißkommandos, erzeugten die Illusion von Wohlstand und vermehrten zugleich ihre eigene Anhängerschaft. Die Japaner allerdings waren klug genug, ihre Börsen- und Landmärkte während der letzten drei Jahre allmählich zu schrumpfen, ohne dabei ihre Industrie zu vernachlässigen. Im vergangenen Jahrzehnt haben sie ihre Wettbewerbsfähigkeit über die Verbrauchsgüter hinaus auch auf Kapitalgüter und neue Produk-tionsprozesse erstreckt.

Als Bush das Reagansche Erbe antrat - von einem, der die amerikanische Führungsklasse so gut bedient hatte wie jeder andere in unserer Ge-schichte - hatte er keine andere Wahl, als Reagans Politik zu beschleunigen. Das Haushaltsdefizite wuchsen schneller; er brachte die Bundesbank dazu, die Zinsraten zu senken; er gab sich sogar während der Weih-nachtssaison 1991 als vorbildlicher Verbraucher aus, indem er einen auf-sehenerregenden Besuch in einem Warenhaus absolvierte, um Socken und Geschenke zu kaufen. Während Bushs Amtszeit stiegen die durchschnittlichen amerikanischen Jahresausgaben schneller als während der Reagan-periode. Und in der Tat stellen die gestiegenen Zuschüsse der Bundesre-gierung für die Landwirtschaft, die Arbeitslosenversicherung, die Sozial-versicherungen und die Kosten im Gesundheitswesen gegenwärtig die ökonomische Haupttriebfeder an der heimischen Front dar. Das ist ein verzweifelter Keynesianismus, der noch durch den Umstand verschärft wird, daß die Militärausgaben keine Schlüsselrolle mehr bei der Ankur-belung der Nachfrage spielen.

Bush hat aber nicht nur die ökonomischen, sondern auch die sozialen Wi-dersprüche der Reagan-Ära geerbt. Das bezieht sich nicht nur auf den - im übrigen gut dokumentierten - schnellen Zerfall der amerikanischen Gesellschaft. Es betrifft auch die sozialen und politischen Kämpfe, die ihm Reagans »Land-zuerst«-Politik hinterlassen hat. An dieser Front hat Reagan eine Menge Schlachten verloren, allen voran die von General Ja-mes Watt geführte; Bush wird noch mehr verlieren, weil die Kämpfe um die Landerhaltung inzwischen weitgehend auf lokaler Ebene ausgetragen werden, wo die Widersacher einer Politik des ungehemmten Raubbaus an

Land und Naturressourcen entschiedener und mit mehr Aussicht auf Erfolg kämpfen.

An der politischen Front ist Bush dabei, einen Großteil der Landboom-Anhängerschaft Reagans zu verlieren, die Opposition von Arbeiterfamilien, die um ihr pures Überleben kämpfen, zu verschärfen und immer mehr Bürger-, Protest- und Umweltbewegungen auf den Plan zu rufen. An der ökonomischen Front bleibt Bush kaum mehr übrig als der Rekurs auf die altmodische Ausgabenpolitik des Keynesianismus mit Exporten in die Dritte Welt als größten ökonomischen Stimuli. Auf die alte »Landboom-Karte« kann er nicht länger mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg setzen. Und er hat sich als Globalist *und* Fürsprecher hoher Ausgaben und hoher Steuern die Feindschaft des rechten Flügels seiner Partei eingehandelt. Von Bill Clinton und der demokratischen Wahlkampfmaschine hat man nicht ein einziges Wort über diese Widersprüche und Spannungen gehört. Clinton ist nicht daran interessiert, schlechte Nachrichten in die Welt zu bringen; nur Milliardäre wie Ross Perot können es sich leisten, düstere Botschaften zu verkünden.

Die Reagan-Bush-Politik hatte also nicht nur die Produktion systemischer Widersprüche in der Ökonomie, sondern auch die Erzeugung einer breiten Gegenbewegung in den Vorstädten und auf dem Lande vorangetrieben. Unterdessen versucht sogar die Arbeiterbewegung, sich zu reformieren - um die Rechte der Arbeiter wahrzunehmen. Damit scheint die Reagan-Bush-Politik ihre Grenzen erreicht zu haben, ihre Krise ist unabwendbar. Sie hat sich, anders gesagt, selbst dreifach verflucht.

X.

Was passiert als nächstes? - Zunächst werden die US-Exporte, insbesondere in der Freihandelszone Nordamerikas, stark anziehen. Aber Exporte allein werden die Ökonomie nicht wieder in Schwung bringen. Amerika ist im wesentlichen die Kontrollkasse der Welt, die Heimat des Konsumismus, und wir geraten ins Hintertreffen, wenn es daran geht, andere Güter zu exportieren als landwirtschaftliche Erzeugnisse und Rohstoffe - einige wenige Industriebereiche mit vorwiegend forschungsintensiven Aktivitäten ausgenommen. Mit »wir« meine ich »das Land«, nicht die transnationalen Konzerne und Banken Amerikas, deren Geschäfte besser in Übersee aufgehoben sind als zu Hause. Das muß wiederum nicht heißen, daß das Außenhandelsdefizit der USA noch weiter ansteigen wird, denn erstens reduziert die Stagnation bzw. Rezession die Importe; und zweitens kann die G7 jederzeit eine neue Vereinbarung zur Abwertung des Dollars treffen.

Zum zweiten werden die hohen Staatsausgaben sich nicht vermindern, da dem Haushaltsdefizit eine immer wichtigere Rolle bei der Anheizung der Nachfrage zukommen wird, und da stromlinienförmige Landes- und Stadtregierungen mehr Anleihen (insbesondere bei den öffentlichen Rentenfonds) aufnehmen werden, um dringend benötigte Infrastrukturprojekte zu finanzieren. Hier wird ein neuer Dreh der Landerschließungspolitik sichtbar: aufgrund der sehr niedrig gehaltenen kurzfristigen Zinsen verwandeln sich private Ersparnisse und Girokonten in staatliche und kommunale Pfandbriefe (oder Aktien, private Wertpapiere und Versicherungsfonds), die mit doppelt so hohe Zinsen locken wie die Sparkonten und cash deposits.

Drittens werden die Verbraucherausgaben auf dem derzeitigen niedrigem Niveau bleiben, besonders im Wohnungsbau; das Interesse der Wirtschaft an neuen Bürogebäuden und Einkaufszentren wird merklich zurückgehen. Am schwächsten werden sich die Investitionen in die arbeitsplatzintensiven Industriesektoren entwickeln - wiederum zum Nachteil der Kaufkraft der Konsumenten.

Ein möglicher Ausweg, den liberale Ökonomen anvisieren, bestünde für die Regierung darin, hohe Geldsummen in das Schul- und Gesundheitswesen, in die Infrastruktur der Verkehrs- und Kommunikationswege sowie in die Säuberung der Umwelt zu stecken. Aber eine derartige *New Deal Politik* wirft eine Reihe von Problemen auf. Erstens ist kein Roosevelt und keine *New-Deal*-Regierung in Sicht. Zweitens hätte eine solche Politik kurzfristig mit großen finanziellen Belastungen aufgrund der neu geschaffenen Arbeitsplätze zu rechnen, während der Produktivitätszuwachs Jahre, vielleicht ein Jahrzehnt auf sich warten lassen würde. Drittens haben viele Amerikaner jedes Vertrauen in die nationale Regierung und den Kongreß verloren, so daß - ähnlich wie in der ehemaligen UdSSR -, selbst wenn diese die Wahrheit sagen, ihnen niemand mehr glaubt. Zur sozialen und ökonomischen Krise hinzu kommt eine Krise der politischen Legitimation.

Schließlich wird jedes rein kapitalistisch orientierte Programm zur Restrukturierung jener Produktionsbedingungen, die wir Infrastruktur, städtischen Raum, Umwelt, Gesundheits- und Schulwesen nennen, mit dem Widerstand sozialer Bewegungen - von Bürgerinitiativen, kommunitären, feministischen, Umwelt- und anderen Bewegungen rechnen müssen - einschließlich einer in den 90er Jahren neu wieder auflebenden Arbeiterbewegung.

Der »real existierende« Ausweg könnte daher eher in einer Deflation aller möglichen Typen von Kapitalwerten und mithin in einer Depression liegen. In einigen Bereichen, wie z.B. bei den Chemikalien für Baustoffe,

bei Öltürmen und gebrauchten Maschinen sind die Preise bereits gefallen; mehr würden folgen, läge es nicht im Interesse der monopolistischen Verbände, die Produktion zu reduzieren, Fabriken zu schließen, Arbeiter zu entlassen und die Preise möglichst hoch zu halten. Eine Depression ist mehr oder weniger gewiß, wenn es an der Börse wieder einen Einbruch wie 1987 geben wird. Daher die Sorge der Bundesbank, die kurzfristigen Zinsraten niedrig zu halten und die Märkte der Börse, des Wertpapierhandels und der Versicherungsfonds zu beliefern. Aber diese Strategie erfordert immer niedrigere Zinsraten und eine kontinuierlich ansteigende Ertragskurve. Es ist offensichtlich, daß eine solche Politik früher oder später in eine Liquiditätsfalle geraten muß, die die Bundesbank handlungsunfähig machen würde.

Dieser Vorgeschmack auf die trüben Aussichten der 90er Jahre soll mit einer letzten deprimierenden Erwägung und wenigstens einem Hoffnungsschimmer zum Schluß abgerundet werden. Der Verlust an politischer Legitimation, steigende Arbeitslosigkeit, Unterbeschäftigung und Armut, Obdachlosigkeit und sozialer Abstieg haben überall »krankhafte Formen« sozialen Lebens hervorgebracht. Auf der einen Seite hat sich die Gesellschaft fragmentiert und individuellen Wahnsinnstaten aller Art Raum gegeben. Was gewisse deutsche Theoretiker in den 80er Jahren »Risikogesellschaft« nannten, ist dabei, sich zu einer »Angst- und Haßgesellschaft« zu entwickeln. Immer mehr Menschen auf der Suche nach individuellen Lösungen für die erdrückenden sozialen und ökonomischen Probleme scheinen für die Schwachen und Armen nichts als Verachtung und Angst übrig zu haben. Zusammen mit der sich verschärfenden ökonomischen Krise wird hier der Nährboden für den Faschismus bereitet. Wie jedoch James Weinstein und andere Historiker des Verbandsliberalismus seit Jahrzehnten sagen, kommt die eigentliche Gefahr nicht von der extremen Rechten, sondern von den nach rechts driftenden liberalen Vereinigungen selbst. Schon halten sie Ausschau nach dem großen Retter für 1996 und vieles spricht dafür, daß Ross Perot nur einer von vielen selbsternannten Erlösern der 90er Jahre gewesen ist. Die USA sind andererseits ein derart zerstückeltes Land, multikulturell im ideologischen wie materiellen Sinn des Wortes, politisch je nach Bundesstaat verschieden, aber zugleich mit einer überall dahinsiechenden politischen Kultur, daß jene soziale Kohärenz, die der Faschismus voraussetzt, schwerlich durchzusetzen wäre. Darüberhinaus gäbe es zuviele Amerikaner, die aufgrund ihres Engagements in Friedens- und Anti-Atomkraft-, Bürgerrechts- und Umwelt-, feministischen, Solidaritäts- und anderen sozialen Bewegungen jeder Lösung faschistischen Typs, die im übrigen nur weitere inkohärente Formen ökonomischer Politik anzubieten hätte, entschiedensten Wider-

stand leisten würden. Man wird also mehr als bisher alternative ökonomische, kulturelle und politische Lösungen auf lokaler Ebene suchen. Ein wachsendes und globales Umweltbewußtsein wird jeder Neuaufgabe des Landbooms Sand ins Getriebe streuen. Die Industrie wird wieder Gewinne verbuchen, aber um den Preis von Fabrikschließungen und Arbeitsplatzverlusten. Die staatliche Bürokratie bzw. Administration wird sich im zunehmenden Maße das Prädikat einer »institutionalisierten Anarchie« verdienen, insofern ihre analytische Logik nicht den komplexen Wechselwirkungen von städtischen, Transport-, Erziehungs-, Gesundheits- und Umweltproblemen gewachsen sein wird - deren Lösung eine wie auch immer beschaffene demokratische Form der Planung erfordert. Das Beste, was passieren könnte angesichts zunehmenden politischen Stillstands auf der makroökonomischen Ebene und wachsender Ineffizienz der Geldpolitik in einer finanziell gleichgeschalteten Welt, wäre eine Art zersplitterter Massendemokratie auf lokaler Ebene, die sich vornehmlich an der Nutzung und Finanzierung von Land orientieren und mit alternativen Formen von Ökonomie und Ökologie experimentieren würde. Das Ergebnis wäre eine ebenso friedliche wie gewaltsame Periode schwieriger und heftiger lokaler Auseinandersetzungen mit einer multikulturell und zugleich auf Identitätsbildung ausgerichteten Politik, die jedoch im Laufe der Zeit entlang der Klassengrenzen brüchig werden wird. Die Lohnfrage wird wieder in den Vordergrund rücken und mit ihr werden alle Sorten radikaler politischer Konzepte wieder auftauchen, zusammengemixt aus den Theorien von Karl Marx, Henry George, Karl Polanyi, William Morris und anderen Klassikern. Wie in keiner anderen Epoche unserer Geschichte wird gute Theorie unerlässlich sein für eine gute Praxis. Alle Slogans à la »time worn and time honoured« werden verschwinden; die Kritik am Kapitalismus wird ebenso umfassend sein wie die Verteidigung des Systems durch eine offenbar auf Selbstzerstörung programmierte herrschende Klasse.

Übersetzt aus dem Amerikanischen von Daniele Dell'Agli